

Seit dem G20 in Hamburg Sympathisant der Linken

Solidaritätserklärung
eines Protestanten



Ephorus Dr. Alexander B. Ernst, Kirchliche
Hochschule Wuppertal/Bethel

Ich bin kein Linksaktivist und gehöre keiner antifaschistischen Gruppe an. Eigentlich bin ich überhaupt kein Linker. Und doch beteilige ich mich an der Diskussion eines Prozesses, der unser Land aufs Tiefste gefährdet. Als evangelischer Theologe spreche ich hier, als Dozent für Biblisches Hebräisch und Rektoratsmitglied der Kirchlichen Hochschule Wuppertal/Bethel und als Vater meiner von staatlicher Repression betroffenen Kinder.

Seit 1983 war ich nicht mehr auf Demonstrationen und habe meine Stimme nicht mehr öffentlich auf der Straße gegen Rüstung, Gewalt und Ungerechtigkeit erhoben, seit ich mit Hunderttausenden in Bonn auf der Hofgartenwiese stand und gegen den Nato-Doppelbeschluss zur Aufrüstung in Deutschland demonstrierte.

Bis ich Bilder sah, die mich entsetzten und bis heute nicht loslassen: bunt gekleidete Demonstranten in Hamburg, Männer und Frauen, viele Jugendliche und ganze Familien, die von gepanzerten und verummten, schwer bewaffneten Polizisten einfach niedergemacht werden, Junge Menschen, die geschlagen und mit dem Vorwurf schweren Landfriedensbruchs inhaftiert werden, weil sie sich den Wirtschaftsinteressen der reichen Industrienationen in den Weg stellen, weil sie Gerechtigkeit und Solidarität vermissen, Ausländerinnen und Ausländer, die über acht Wochen und bis heute ohne rechtskräftiges Urteil festgehalten werden, weil sie integriert waren in unsere Jugend, die gegen die Scheinheiligkeit eines Staates rebelliert, der sich als Garant von Frieden, Gerechtigkeit und

Ökologie gibt, aber mit den Verbrechern der Welt kooperiert und die Wirtschaftsinteressen der Industrie bedient, Menschen, die mit Schlagstöcken verletzt werden, als sie prügelnde Polizisten filmen, Jugendliche, die in der Gefangensammelstelle in Hamburg erniedrigt werden.

Bis ich hörte, dass Journalisten schon erteilte Akkreditierungen mitten auf dem Gipfel entzogen wurden, als sie kritisch berichteten, und dass Jugendliche auf dem Weg zum G 20 schon auf der Autobahn festgehalten und von Polizisten drangsaliert wurden.

Bis ich beobachtete, wie alle Gewalt auf dem Gipfel mit den Bildern der Krawallmacher der Nacht des 7. Juli in der Schanze den Linken in die Schuhe geschoben wurde, und ich sah, wie die Medien dieser Deutung einfallslos folgten und die zu Sündenböcken erklärten, die ihnen immer schon unbequem waren, und die zu den schwarzen Blöcken zählten, die bunt für Gerechtigkeit einstanden, die Polizei aber für weiß erklärten, und wie sich jetzt Politiker der großen Parteien in der Forderung immer drakonischerer Strafen überbieten – um uns das zu nehmen, was wir uns in unserer Jugend nicht haben nehmen lassen: **die Freiheit, Nein zu sagen und dieses Nein mitten in unseren Städten zu demonstrieren.**

Was ist aus der gegenwartskritischen Dimension unserer abendländischen christlichen Tradition geworden? Aus der lebendigen Sozialkritik der biblischen Propheten und aus dem Ruf Jesu nach Gerechtigkeit? Wie reich sind die Schätze unserer Kultur an diesem gesellschaftskritischen Zeugnis! Haben wir vergessen, dass es gerade die von den Herrschenden Denunzierten und Verfolgten waren, die uns die Augen für die Wahrheit öffneten? Dass die Propheten von den Beamten wegen Ihrer Kritik geschlagen, ausgewiesen und getötet wurden, Jesus von den Römern ans Kreuz geschlagen und Dietrich Bonhoeffer noch in den letzten Kriegswochen von den Deutschen hingerichtet wurde, weil er sich dem Rad des Nationalsozialismus in die Speichen warf?

„Weh denen, die Recht in Bitterkraut verwandeln,
und Gerechtigkeit zu Boden treten!“ (Am 5,7)

Als der Prophet Amos sich mit diesen Worten im 8. Jahrhundert vor Christus gegen das Königshaus und den Tempel wandte, wurde er von den Herrschenden ebenso bedroht und abgeschoben, wie es Hamburger Richter jetzt mit den inhaftierten Ausländerinnen und Ausländern tun.

Was ist aus dem politischen gesellschaftskritischen Engagement der Kirchen geworden? Warum ist das Schuldbekenntnis verdrängt und in Vergessenheit geraten, das meine eigene Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg im Darmstädter Wort von 1947 noch so deutlich aussprach wie nie zuvor und später nie wieder?

„Wir haben das Recht zur Revolution verneint, aber die Entwicklung zur absoluten Diktatur geduldet und gutgeheißen... Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, dass der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommendem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.“ (aus der 3. und 5. These des Darmstädter Wortes des Bruderrates der Evangelischen Kirche in Deutschland „Zum politischen Weg unseres Volkes“)

Das Darmstädter Wort hielt damals Christen vor, dass sie den Irrweg, der zur Katastrophe von 1933 führte, nach dem Krieg nahtlos fortsetzten, wenn Sie sich nicht politisch „im Diesseits“ für Gerechtigkeit engagierten, statt in apathischem Konservatismus dem Nationalismus und Faschismus den Raum zu geben, den er 1933 schon einmal fand.

Und wieder wird, als sähen wir es nicht, an allen Orten gegen die Linken polemisiert, und es wiederholt sich ein altes Schema. Wieder trifft die der Extremismusvorwurf und die Hetze der Republik, die sich gegen die Extreme religiös-konservativer und nationalistischer Provenienz stellen und gegen die Herrschenden protestieren. Wie schnell haben wir vergessen, was wir nie vergessen sollten! Dabei haben wir das Potential, in einer sich globalisierenden Welt Strukturen ökonomischer Gerechtigkeit zu schaffen, die Macht und die Mittel – und unsere jungen Menschen, die sich genau darin mit denen anderer Länder zusammuntun. Vielleicht haben wir die Pflicht, auf die Straße zu gehen. Auf jeden Fall lassen wir uns das Recht der Freiheit zur Demonstration für andere Strukturen nicht nehmen. Es gehört zu unseren Grund-Gesetzen, zum Wesen gelebter Demokratie in diesem Land.

Was ist aus der Vielfalt und Freiheit geworden, die unsere Kultur prägen konnte? Darf der Staat Freiheit sichern, indem er sie denen raubt, die sie wahrnehmen? Vielleicht ist Freiheit – und ich verstehe darunter heute immer auch die Freiheit der anders Denkenden – das größte Erbe der Reformation.

Seit August dieses Jahres nehme ich daher seit langem wieder an Demonstrationen teil. Diesmal an der Seite der Linken. Zu lange habe ich geschwiegen. Ich selbst bin eigentlich kein Linker. Meine Sprache ist ganz anders als die der Linksaktivisten und Antifaschisten. Aber es geht mir heute um dieselbe Sache: um Solidarität, um Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt, und um diesen Staat, der zum Polizeistaat wird, wenn wir nicht alle dagegen demonstrieren. Ich bin kein Linker, aber **seit dem G 20 in Hamburg bin ich ein Sympathisant der Linken**, und (damit kein Missverständnis aufkommt!) mit den Linken meine ich nicht die SPD, sondern die Linksaktivisten und Antifaschisten, gegen die in der Politik, in den Gerichten und auf der Straße eine unglaubliche Kampagne läuft.

Jetzt stehe ich an der Seite derer, die mit ihren Köpfen und Leibern für Solidarität und Gerechtigkeit in der Welt eintreten und sich – so bunt sie nur sein können! – den schwarzen Blöcken unseres Staates in den Weg stellen.